

**Bezugspreis:**  
Durch Träger monatlich RM. 1,40  
vierteljährlich 30 Pf., halbjährlich  
50 Pf., jährlich 1,70 (einschließlich  
48 Pf. Postgebühren).  
Preis der Einzelnummer 10 Pf.  
In Fällen höherer Gesamtkosten  
bleibt Preis nach Prüfung der  
Verhältnisse auf Verlangen des  
Betzugspreis. — Gedruckt für  
jede Zeile in Neuenburg (Württ.).  
Verlagspreis Aufschlag Nr. 404

# Der Enztäler

**Anzeigenpreis:**  
Die Monatsblätter sind 7 Pf.,  
jeweils 2 Pf., 3 Pf., 4 Pf., 5 Pf., 6 Pf.,  
7 Pf., 8 Pf., 9 Pf., 10 Pf., 11 Pf., 12 Pf.,  
13 Pf., 14 Pf., 15 Pf., 16 Pf., 17 Pf., 18 Pf.,  
19 Pf., 20 Pf., 21 Pf., 22 Pf., 23 Pf., 24 Pf.,  
25 Pf., 26 Pf., 27 Pf., 28 Pf., 29 Pf., 30 Pf.,  
31 Pf., 32 Pf., 33 Pf., 34 Pf., 35 Pf., 36 Pf.,  
37 Pf., 38 Pf., 39 Pf., 40 Pf., 41 Pf., 42 Pf.,  
43 Pf., 44 Pf., 45 Pf., 46 Pf., 47 Pf., 48 Pf.,  
49 Pf., 50 Pf., 51 Pf., 52 Pf., 53 Pf., 54 Pf.,  
55 Pf., 56 Pf., 57 Pf., 58 Pf., 59 Pf., 60 Pf.,  
61 Pf., 62 Pf., 63 Pf., 64 Pf., 65 Pf., 66 Pf.,  
67 Pf., 68 Pf., 69 Pf., 70 Pf., 71 Pf., 72 Pf.,  
73 Pf., 74 Pf., 75 Pf., 76 Pf., 77 Pf., 78 Pf.,  
79 Pf., 80 Pf., 81 Pf., 82 Pf., 83 Pf., 84 Pf.,  
85 Pf., 86 Pf., 87 Pf., 88 Pf., 89 Pf., 90 Pf.,  
91 Pf., 92 Pf., 93 Pf., 94 Pf., 95 Pf., 96 Pf.,  
97 Pf., 98 Pf., 99 Pf., 100 Pf., 101 Pf., 102 Pf.,  
103 Pf., 104 Pf., 105 Pf., 106 Pf., 107 Pf., 108 Pf.,  
109 Pf., 110 Pf., 111 Pf., 112 Pf., 113 Pf., 114 Pf.,  
115 Pf., 116 Pf., 117 Pf., 118 Pf., 119 Pf., 120 Pf.,  
121 Pf., 122 Pf., 123 Pf., 124 Pf., 125 Pf., 126 Pf.,  
127 Pf., 128 Pf., 129 Pf., 130 Pf., 131 Pf., 132 Pf.,  
133 Pf., 134 Pf., 135 Pf., 136 Pf., 137 Pf., 138 Pf.,  
139 Pf., 140 Pf., 141 Pf., 142 Pf., 143 Pf., 144 Pf.,  
145 Pf., 146 Pf., 147 Pf., 148 Pf., 149 Pf., 150 Pf.,  
151 Pf., 152 Pf., 153 Pf., 154 Pf., 155 Pf., 156 Pf.,  
157 Pf., 158 Pf., 159 Pf., 160 Pf., 161 Pf., 162 Pf.,  
163 Pf., 164 Pf., 165 Pf., 166 Pf., 167 Pf., 168 Pf.,  
169 Pf., 170 Pf., 171 Pf., 172 Pf., 173 Pf., 174 Pf.,  
175 Pf., 176 Pf., 177 Pf., 178 Pf., 179 Pf., 180 Pf.,  
181 Pf., 182 Pf., 183 Pf., 184 Pf., 185 Pf., 186 Pf.,  
187 Pf., 188 Pf., 189 Pf., 190 Pf., 191 Pf., 192 Pf.,  
193 Pf., 194 Pf., 195 Pf., 196 Pf., 197 Pf., 198 Pf.,  
199 Pf., 200 Pf.

**Verantwortlicher Schriftleiter:**  
Herrn Dr. H. H. H. H.,  
Herrn Dr. H. H. H. H.,  
Herrn Dr. H. H. H. H.

**Parteiamtliche  
nationalsoz. Tageszeitung**

**Waldbader NS-Press-  
Verlagsanstalt, Calmbacher und  
Herrenalber Tagblatt**

**Amtsblatt für  
das Oberamt Neuenbürg**

## Wir wollen den letzten Volksgenossen gewinnen

Ministerpräsident Göring über die Reinfager — Ein hoffnungsvolles Bekenntnis zur Einheit

In einer Unterredung mit einem Schriftleiter der *NS* äußerte sich der preussische Ministerpräsident Göring über den Ausgang der Volksabstimmung. „Ministerpräsident Göring“ so heißt es einleitend, „hat die Folgen des in der vergangenen Woche erlittenen Autounfalls überraschend gut überstanden. Seine Worte waren von dem sprühenden Geist und der Energie getragen, die das deutsche Volk an dem ersten Kämpfer des Führers liebt und achtet, und die seine Feinde mit Recht fürchten.“

Dieses Ergebnis, so erklärte Ministerpräsident Göring, ist für uns nicht überraschend gekommen. Auch die Welt wird, wenn sie ehrlich sein will, bekennen müssen, wie tief Adolf Hitler im Herzen aller Deutschen verwurzelt ist und wie unzerstörlich sein Name und seine Persönlichkeit auf alle Zeiten mit dem deutschen Schicksal verknüpft sind. Welcher Staatsmann, welches Staatsoberhaupt der Welt kann sich der Tatsache rühmen, daß ganze Völker aus freier Willen in einer Einmütigkeit hinter sich zu wissen, die tatsächlich in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist.

Wie kleinmütig müssen sich demgegenüber jene 10 vom Hundert Reinfager vornehmen, die sich aus irgendwelchen Gründen außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt haben. Genau so enttäuscht werden aber auch jene bewilligen Betrachter Deutschlands im Ausland werden, die glauben, an diese 10 vom Hundert irgendwelche Hoffnungen knüpfen zu können. Sie mögen versichert sein, daß wir die Entwicklung keinen Augenblick mit irgendwelcher Sorge oder Unruhe betrachten. Selbstverständlich werden wir den Gründen mit aller Genauigkeit nachgehen, die jene 10 v. H. unseres Volkes veranlassen haben, am 19. August ablehnend zu stimmen. Im übrigen ist unsere Einstellung aber die folgende:

Die Reinfager sind zunächst wohl in den Schichten zu finden, die sich mißverstanden fühlen und die sich aus Überlegungsmahnahmen, die hart, aber gerecht sind, ihr Gesamturteil bilden zu müssen glauben. Alle jene werden sich eines Tages selbst an die Brust schlagen und ihren Verstand einsehen, überjagt durch die Leistung und den endgültigen Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Einen nicht geringen Prozent der Reinfager werden nach meiner Auffassung diejenigen Personen stellen, die zwar genau erkannt haben, welche großen Ziele der Nationalsozialismus verfolgt, die jedoch aus eigenständigen Gründen andere Ziele verfolgen zu müssen glauben, als wir. Diese Kreise der Bevölkerung werden sich eines Tages ebenfalls eines Besseren belehren lassen müssen oder aber, sie werden aus Altersschwäche von der Weltabsicht verdrängt werden.

Die dritte Gruppe bildet die zahlenmäßig geringe Schicht, die einfach unbeherrschbar oder gar bisshwillig ist. Solche Leute gibt es immer und überall in der Welt. Sie sind wahrlich keine Besonderheit des nationalsozialistischen Deutschland. Wir werden sie nicht dafür bestrafen, daß sie mit Nein gestimmt haben. Sie mögen es sich aber gesagt sein lassen, daß wir es auf keinen Fall dulden werden, wenn sie mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Staatsführung irgendwo und irgendwann im Volke Propaganda treiben.

Gewiß werden bei der einen oder anderen Frage des öffentlichen Lebens immer verschiedene Anschauungen möglich sein. Niemanden wird das Recht bestritten, unter den großen, allein vom Führer bestimmten Gesichtspunkten an seiner Stelle, nach seinem Geiste zu arbeiten. Wir wünschen auch offene und ehrliche Kritik bei all den schwierigen Problemen, die der Neuaufbau unseres Staates stellt.

Kritik aber darf nur der ausgesprochen, der bereit und in der Lage ist, Besseres zu leisten und diese Fähigkeit unter Beweis gestellt hat. Und die Kritik muß

et ihre Grenzen an den lebenswichtigen großen Fragen der Nation, die allein der Führer regelt. Vor unserem Führer Adolf Hitler schweigert alle Kritik.

Der 19. August hat — wie es in der Woche vor der Abstimmung vorausgesagt wurde — eine tiefgehende Wirkung auf das Ausland gehabt. Man begriff allmählich, daß all die zahllosen Greuelmärchen, die über Hitler-Deutschland seit 18 Monaten fabriziert werden, Ausgeburten vor allem orientalistischer Phantasie sind. Wäre es, wenn nur ein kleiner Bruchteil der Greuelreden wahr wäre, möglich, daß sich 90 v. H. des deutschen Volkes so vorbehaltlos zu Hitler bekennen, wäre es sonst möglich, daß über vier Millionen in einem Staat, in dem nach den Rügen der Auslandspresse „die grauamste und blutigste Diktatur aller Zeiten“ herrscht, mit Nein stimmen dürften?

Aber noch mehr lehrt der 19. August, 10 v. H. des deutschen Volkes haben das Bekenntnis zu Hitler als Führer des Reiches nicht abgelegt. Hielt sich Adolf Hitler an die Prophezeiungen der Emigrantenpresse, dann müßte über diese 10 v. H. ein Strafgericht hereinbrechen, die Kerker und Konzentrationslager müßten sich füllen und Ströme von Blut müßten die deutsche Erde röten. Hielt sich Adolf Hitler an die Vorbilder anderer autoritärer Regierungen in Europa, dann müßte ein Befehl ergehen, daß die

Rein-Stimmer aus Arbeit und Brot würde, daß ihnen alle Existenzgrundlagen entzogen, so wie es in Oesterreich gegenwärtig geschieht, und daß ihnen vor allem das Wahlrecht nimmt, wie es in Italien längst geschehen ist. Doch Adolf Hitler ist kein mit Hilfe eigener oder fremder Sajolette zur Macht gekommener Diktator; er ist nicht an der Macht um der Macht, sondern um seines Volkes willen.

Und das unterscheidet ihn von allen Staatsführern aller Zeiten: Die 10 v. H. Rein-Sager sind ihm nicht Feinde, sondern Volksgenossen, die für das Volk noch gewonnen werden müssen. Auch in der Abstimmungsstunde hat er die Entschlüsse gefaßt, die zur Gewinnung dieser 10 v. H. notwendig sind. Sie, die aus kleinlichen Motiven oder aus Dummheit sich noch abseits stellen, müssen eingegliedert werden in die große Gemeinschaft des deutschen Volkes. „Mit nationalsozialistischer Schemeligkeit und Gründlichkeit“ wird diese Aktion zur Vollendung des deutschen Einigungsverwerkes ablaufen.

Dah diese Aktion gelingt, dafür bürgt der Führer selbst. Und die Greuelphantasten und sonstigen „wohlwollenden Freunde“ des deutschen Volkes werden, ob sie wollen oder nicht, in Kürze begriffen müssen, daß sie am besten Wege sind, zum Gespött nicht nur aller Deutschen, sondern der ganzen Welt zu werden.

## Oesterreichische Unabhängigkeit

Die Florentiner Zusammenkunft — Einverständnis Schuschniggs mit Mussolini

**Wien, 21. August.**  
Der Oesterreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist am Dienstag um 10.42 Uhr in Begleitung von Ministerialrat Seidel und Dr. Hertls in Florenz eingetroffen. Zu seinem Empfang hatte sich der Duce, der am heutigen Montagsmorgen aus dem nördlich Florenz liegenden Hauptquartier Scarperia herbeigekehrt war, in Begleitung des Staatssekretärs im Außenministerium, Suvich, der Pressedirektor Graf Ciano und zahlreichen Behördenvertretern eingefunden. Die Begrüßung zwischen Schuschnigg und Mussolini war sehr herzlich. Unter dem Klang der österreichischen und italienischen Nationalhymnen schritt der Oesterreichische Bundeskanzler die ihm zu Ehren aus Ehrenpflanzung gebildete Front ab. Florenz trägt reichen Flaggenschmuck.

**Rom, 21. Aug.** Die Unterredung zwischen Schuschnigg und Mussolini begann genau zur Mittagsstunde in der Villa de Marinini und dauerte bis zu dem Frühstück, das Mussolini dem Oesterreichischen Kanzler gab. Sofort nach dem Frühstück wurde die Unterredung fortgesetzt und dauerte bis in den Nachmittag hinein. Der Empfang des Oesterreichischen Kanzlers auf dem Bahnhof hatte eine stark betonte militärische Note. Neben den Offizieren der Partei, der Unversität Florenz und sämtlichen Korpsverbänden fielen am stärksten die Abordnungen aller in Florenz liegenden Truppenteile und eine umfangreiche Gruppe höchster Generalsstabsoffiziere auf.

lichen und kulturellen Fragen besprochen werden. Es stellte sich eine vollständige Übereinstimmung in den Richtlinien und Methoden heraus, was die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Oesterreichischen Staates betrifft. Zu dieser Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit gehört auch die vollständige Autonomie. Sie stellt ein konkretes europäisches Interesse dar und ein förderndes Element zur Erhaltung der Ruhe im Donauraum.

Die beiden Staatsmänner hatten ferner, was die wirtschaftliche Lage betrifft, die Möglichkeit der Beibehaltung von Rom betätigt, deren Aktionsradius noch gesteigert und verbreitert werden könne, und sie seien darin einig gewesen, daß der Geist der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sich weiter entwickeln soll. Diese Richtlinien, die von dem entfalteten Bundeskanzler Döllfuß begonnen und vertreten wurden, würden auch in Zukunft maßgebend sein.

## Schuschnigg erläutert

**Florenz, 22. Aug.** Der Oesterreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg gewährte einem Vertreter der Agentur Stefania eine Unterredung, in der er u. a. ausführte, sofort nach seiner Berufung auf den Posten des Bundeskanzlers habe er es als

**keine moralische Pflicht empfunden, sich so schnell wie möglich nach Italien zu begeben.**

um einen Gedankenaustausch mit Mussolini herbeizuführen. Die wirksame Hilfe, die Italien im Kampf um die Unabhängigkeit Oesterreichs geleistet habe, gebe den italienisch-Oesterreichischen Beziehungen, die auch das Ziel einer friedlichen Entwicklung Europas verfolge, eine besondere Note. Zu seiner großen Befriedigung könne er erklären, daß sowohl bei den allgemeinen Fragen, wie auch bei den Fragen, die die beiden Länder im besonderen betreffen, das vollständigste Einverständnis erzielt worden sei. Er habe beim Duce das größte Verständnis für die Politik Oesterreichs gefunden, die ausgehend von dem Grundgedanken der vollständigen Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, sich ihren europäischen Charakter

wahren werde, das heißt einen friedlichen Charakter, der auf den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs gerichtet sei. Gegenüber Deutschland bleibe die grundsätzliche Einstellung Oesterreichs immer die gleiche. Die Oesterreichische Regierung müsse weitergehend und in jeder Hinsicht die Interessen des Landes wahren, wobei sie von der Freiheit ihrer Entscheidungen auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik ausginge. Bundeskanzler Schuschnigg fuhr dann fort: „Hat man dies erst einmal erkannt, so wird jedes Hindernis für eine Wiederherstellung der normalen Beziehungen mit Deutschland, für deren augenblickliche Erdrückung Oesterreich niemals verantwortlich war, verschwinden. Das kleine Oesterreich war immer in der Defensive. Das Aufhören der Angriffe wird mindestens eine Veränderung der fundamentalen Grundzüge herbeiführen, die der Politik der Oesterreichischen Regierung zugrunde liegen. Diese Grundzüge haben seit langem fest und tüchtig sich auch auf die heimische tausendjährige Mission der Deutschen im Donauraum, eine Mission, deren wir uns immer bewußt waren.“

## Saar-Abstimmungsberechtigte, sichert Euer Stimmrecht!

Berlin, 21. August.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 8. Juli 1934 die Vorschriften über die Aufstellung der Stimmlisten für die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935 erlassen. Weiterhin hat die Volksabstimmungskommission des Völkerverbandes am 20. Juli 1934 eine Bekanntmachung veröffentlicht, die nähere Vorschriften über die Abstimmungsberechtigung und über die Anmeldung der Stimmberechtigten zur Aufnahme in die Stimmlisten enthält.

Hiernach müssen Stimmberechtigte, die außerhalb des Saargebietes wohnen, einen besonderen Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten stellen. Wer nicht in die Stimmlisten eingetragen ist, kann kein Stimmrecht ausüben. Es liegt demnach im eigenen Interesse aller im Reich wohnenden Stimmberechtigten, diesen Antrag mit tünchtester Beschleunigung einzureichen. Der Antragsschrift läuft mit dem 31. August 1934 ab.

Der Antrag, der an den Gemeindeausschuß des Bezirkes zu richten ist, in dem der Abstimmungsberechtigte am 28. Juni 1919 die Einwohnerregistrierung hatte, muß folgende Angaben enthalten: Die Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, den Geburtsort und den Beruf des Antragstellers (im Falle einer Berufsänderung denjenigen, den er am 28. Juni 1919 ausübte), sowie die Vornamen seines Vaters, und ferner, falls es sich um eine verheiratete Frau handelt, die Namen und Vornamen ihres Ehemannes (im Falle einer Veränderung des Familienstandes nach dem 28. Juni 1919 den Familiennamen, den sie an diesem Zeitpunkt trug). Die Gemeinde, in der er die Einwohnerregistrierung am 28. Juni 1919 hatte. Den gewöhnlichen Aufenthalt zur Zeit des Antrages. Die Anschrift im Saargebiet, an die Mitteilungen zu richten sind. Die vorhandenen Beweisstücke für die Einwohnerregistrierung im Saargebiet sind dem Antrag beizulegen; befinden sich solche Beweisstücke nicht in den Händen des Antragstellers, so ist in dem Antrag anzugeben, bei welcher Stelle des Saargebietes diese Unterlagen erhältlich sind.

Sämtliche Abstimmungsberechtigten im Reich werden hiermit aufgefordert, ihren Antrag auf Eintragung in die Stimmliste bis spätestens zum 31. August 1934 an den zuständigen Gemeindeausschuß im Saargebiet gelangen zu lassen. Zur Auffklärung über alle bei der Anmeldung zu berücksichtigenden Gesichtspunkte haben die Stimmberechtigten die Saarmerksblätter ihres letzten Wohnortes (das Einwohnermeldeamt, in den Städten die zuständigen Polizeireviere) sowie die Geschäftsstellen des Bundes der Saarvereine zur Verfügung. Es wird jedem Abstimmungsberechtigten dringend empfohlen, vor Abschendung seiner Anmeldung die vorgenannten Stellen zum Zwecke der Beratung in Anspruch zu nehmen.





